

25. November 2009

## **Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpfen Bundesratsinitiative für ein gerechtes und solidarisches Steuersystem zur Rettung der Landesfinanzen starten**

In der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich ein gravierender Mangel an echter Demokratie und Handlungsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens. Es ist notwendig, die staatliche Handlungsfähigkeit auszubauen, die Besitzer großer Vermögen sozial gerecht an der Finanzierung der Krisenkosten zu beteiligen und den gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten umzuverteilen. Gerade die unverhältnismäßige Belastung von mittleren und kleinen Einkommen gegenüber Vermögens- und Kapitaleignern ist eine nicht hinzunehmende gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Solidarische Steuerpolitik ist das zentrale Element grundlegender Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um künftige Krisen einzudämmen, statt sie anzuhetzen. Ein wesentlicher Aspekt dieses Einnahmeproblems ist die im internationalen Maßstab seit 1998 vernachlässigte Besteuerung von Kapital und Vermögenswerten, wie es die Einkommensstatistik 2007 der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) letztes Jahr festgestellt hat. Danach lag Deutschland 2007 bei Einnahmen aus Substanzsteuern bei 0,9 v.H. der Wirtschaftsleistung und damit um die Hälfte niedriger als im OECD-Durchschnitt von 2 v.H.

Gleichzeitig ist das Vermögen der Reichen und Superreichen im letzten Jahrzehnt weiter gewachsen. Die wohlhabendsten 10% der Deutschen besitzen 62 % des deutschen Vermögens, die ärmeren 50% so gut wie nichts. Allein die Spitze der 0,5% Reichsten Deutschen besitzt 25% des Finanzkapitals. In den letzten 10 Jahren sind Vermögenswerte im Wert von 2 Billionen € vererbt worden, in den nächsten 5 Jahren werden voraussichtlich weitere 1,5 Billionen € vererbt. Zum Vergleich: die Gesamtschulden des deutschen Gemeinwesens betragen 2008 1,6 Billionen €.

Zur langfristigen Konsolidierung der Finanzen des deutschen Gemeinwesens, aber auch zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums ist es unerlässlich, die im internationalen Vergleich geringe Besteuerung von Kapital- und Vermögenswerten zu beenden und z.B. durch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und einer echten "Millionärssteuer" neue Einnahmequellen für die öffentlichen Haushalte zu schaffen, die auch der wilden und schädlichen Finanzspekulation an den Märkten Einhalt gebieten.

Während auf der Bundes- und Landesebene Politiker mit Kreditverboten, also der so genannten Schuldenbremse nur die drastische Kürzung der Ausgabenseite des Staates im Auge haben, ist die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerade in Krisenzeiten dringender denn je. Flankiert werden muss diese Politik durch eine antizyklische Nachfragepolitik der öffentlichen Hand und eine Stärkung der Massenkaufkraft durch Schaffung gerechter Mindestlöhne und der arbeitsfesten Anhebung der Arbeitslosengeld-II-Sätze.

Mit Steuerkonzepten, wie sie von Ver.di und ähnlich von der LINKEN vertreten werden, lassen sich 70-80 Mrd. €/ Jahr zusätzlich erheben und gleichzeitig die Steuerbelastung von Klein- und Normalverdienern vermindern. Für die Länder würde dies eine Einnahmesteigerung von 50-60 Mrd. €/ Jahr ergeben. Für Bremen würde sich eine solche allgemeine Steigerung der Landesfinanzen über den Länderfinanzausgleich mit ca. 500 – 600 Mio. €/ Jahr zusätzlich niederschlagen. Wird zusätzlich, zumindest in Zeiten der bundesweiten Haushaltsnotstände, eine Millionärssteuer eingeführt, kann damit bei einem Satz von 1,5%

zusätzliche 30 Mrd. €/ Jahr erhoben werden, bei dem von der LINKEN geforderten Satz von 5% sogar 80 Mrd. €/ Jahr. Wird davon auch nur die Hälfte den Ländern zur Verfügung gestellt und bekommt Bremen den durchschnittlichen Anteil aus dem Ländertopf, würde dies für Bremen weitere Einnahmen von 400 Mio. € pro Jahr bedeuten.

Der bremische Landeshaushalt leidet unter dem Problem fiskalischer Auszehrung. Dadurch ist eine aufgabengerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes bereits jetzt nicht mehr geleistet und leistet einer Privatisierung in Form der Veräußerung öffentlichen Eigentums Vorschub.

Die durch obige Steuerkonzepte erzielbare 1 Mrd. €/ Jahr zusätzlich würde Bremen wieder in den Stand versetzen, eine gestaltende und nicht nur die Not verwaltende Politik zu führen und gleichzeitig tatsächlich Schulden abzubauen. Im Dienste eines zukunftsfähigen Haushalts ist es daher unabdingbar, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Steuerpolitik im Bundesrat einzubringen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Ziel der dringend notwendigen Stärkung der Steuereinnahmen für die nachhaltige Stabilisierung der Öffentlichen Haushalte von Ländern und Gemeinden. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die Forderungen einzelner Parteien nach milliardenschweren Steuersenkungen für Besserverdienende und Unternehmen ohne Gegenfinanzierung. Die bedrohliche Entwicklung der Einnahmeseite der Öffentlichen Hand lässt keinen Spielraum für Steuergeschenke für Vermögende und Kapitaleigner zulasten der jetzt schon strapazierten Haushalte von Ländern und Kommunen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, Bundesratsinitiativen zu folgenden Bereichen einer gerechten, sozialen und nachhaltigen Steuerreform zu ergreifen:

a) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Wiedererhebung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer. Dabei soll das Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) als Maßstab einer verfassungskonformen und einnahmestarken Vermögensteuer eingebracht

werden. Damit würden zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 20 Mrd. € bei den Ländern bewirkt. Bremen würde damit Mehreinnahmen von ca. 200 Mio. € pro Jahr nach Länderfinanzausgleich erzielen.

b) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Reform der Erbschaftsteuer, die insbesondere die stärkere Belastung größerer Erbschaften zum Ziel hat. Bremen würden hiermit zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 80 Mio. €/ Jahr € nach Länderfinanzausgleich zufließen.

c) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Eine rückgängigmachung der letzten Senkung der Körperschaftssteuer und eine höhere Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, stillen Reserven und Ähnlichem wird zusätzliche Einnahmen von 40 Mrd. €/ Jahr generieren. Für Bremen würde dies zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 200 Mio. €/ Jahr nach LFA zur Folge haben.

d) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Reform der Gewerbe- und Gemeindesteuern. Damit lassen sich zusätzliche Kommunale Mittel in Höhe von 14 Mrd. €/ Jahr erwirtschaften. Für Bremen und Bremerhaven würde dies zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 140 Mio. €/ Jahr bedeuten.

e) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung des Steuervollzugs. Nach Schätzungen von Ver.di und der deutschen Steuergewerkschaft sind durch eine Verbesserung der Prüfungen zusätzliche Einnahmen von 10 Mrd. €/ Jahr möglich. Für Bremen würde dies Mehreinnahmen von etwa 60 Mio. €/ Jahr nach Länderfinanzausgleich bedeuten.

f) Der Senat ergreift eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Millionärssteuer zum Abfedern der

finanziellen Folgen der Finanzmarktkrise und zum Abbau der Verschuldung. Vermögen oberhalb von einer Million € soll mit 5% pro Jahr versteuert werden. Dies würde zusätzliche Einnahmen von 80 Mrd. €/ Jahr bewirken. Würde die Hälfte dieser Einnahmen an die Länder gehen, würden Bremen 400 Mio. €/ Jahr aus dieser Steuer erhalten.

d) Der Senat ergreift außerdem eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, also einer Börsenumsatzsteuer und einer Tobin-Steuer. Selbst ein geringer Steuersatz von 0,01% würde bereits eine zusätzliche staatliche Einnahme von 10 Mrd. €/ Jahr bewirken. Diese Steuer wäre eine Bundessteuer und damit für die Bremer Finanzen nicht unmittelbar relevant. Aufgrund der politischen und finanziellen Bedeutung sollte diese Steuer in einem gerechten und vernünftigen Gesamtsteuer-Konzept nicht fehlen.

Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/finanz-und-wirtschaftskrise-bekaempfen-bundesratsinitiative-fuer-ein-g>